

V0284/24

**Jobcenter - Jahres- und Eingliederungsbericht 2023**  
**(Referent: Herr Fischer)**

**Antrag:**

Jobcenter – Jahres- und Eingliederungsbericht 2023  
(Referent: Herr Fischer)

Der als Anlage beigefügte Jahres- und Eingliederungsbericht 2023 des Jobcenters wird zur Kenntnis genommen.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	04.07.2024	Bekanntgabe
Stadtrat	23.07.2024	Bekanntgabe

**Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 04.07.2024**

Herr Fischer weist auf zwei Aspekte des Jahresberichts gesondert hin. Zum einen verfolge das Jobcenter mehrere Ziele, und eins dieser Ziele sei die Reduzierung des Langzeitbezuges. Es sei nicht das Problem, wenn man vorübergehend nicht nur auf Arbeitslosengeld, sondern auch auf Bürgergeld angewiesen sei. Ziel sei es, dass der Bürgergeldbezug nicht zum Dauerbezug werde, sondern ein Sprungbrett zurück in die Erwerbstätigkeit, um nicht längerfristig ergänzende Sozialleistungen zu benötigen. Erfreulich sei auch, dass so ein Arbeitsschwerpunkt entsprechende Ergebnisse zeige, denn die Zahl dieser Langzeitbeziehenden konnte durch das Jobcenter Ingolstadt innerhalb eines Jahres um 7,3 Prozent gesenkt werden. Der zweite wichtige Punkt, den Herr Fischer hervorheben möchte, sei das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche. Im letzten Jahr habe man in Ingolstadt für Bildung und Teilhabe 1,5 Mio. Euro investiert. Im Jahr 2022 seien es noch 1,1 Mio. Euro gewesen. Ebenso sei die Lernförderung von 200.000 Euro auf 300.000 Euro gesteigert worden. Mit dem Kooperationsprojekt mit der Volkshochschule werde ein Best Practice Modell umgesetzt, um Kindern aus einkommensschwachen Familien eine gute Bildungskarriere zu ermöglichen.

Stadtrat Ettinger findet Klassenfahrten wichtig, denn dies trage zur Klassengemeinschaft bei und die Schüler können bessere Leistung abgeliefert werden. Weiter möchte er wissen, wie die 7,3 Prozent der Langzeitbezieher gesenkt werden konnten.

Frau Müller ist der Meinung, dass dies durch eine Kombination vieler Maßnahmen erreicht werden konnte. Es seien mehr Angebote für langzeitbezogene Maßnahmen geschaffen worden und dadurch seien die Bürgergeldbeziehenden an den Arbeitsmarkt herangeführt worden. Des Weiteren habe das Jobcenter die Instrumente zu Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II) und zur Teilhabe am Arbeitsmarkt (§ 16i SGB II) genutzt, und dabei mit Trägern gearbeitet, die auf Langzeitarbeitslose spezialisiert seien. Ebenso habe man den Schwerpunkt daraufgelegt, die Arbeitslosen wieder zu persönlichen

Kontakten in das Jobcenter zu holen und es habe aufsuchenden Maßnahmen gegeben, bei der Coaches rausgefahren sind, um Kunden Zuhause oder in Cafés aufzusuchen (ganzheitliche Betreuung nach § 16k SGB II).

Stadträtin Mader teilt mit, dass in der gestrigen Sitzung des Gleichstellungsbeirates über die Probleme der alleinerziehenden Frauen und die finanzielle Ungleichbehandlung gesprochen worden sei. Stadträtin Mader ist sehr erfreut darüber, dass es viele Programme für alleinerziehende Frauen geben werde und die individuelle Kinderbetreuung sei auch sehr gut. Ebenso gebe es die Arbeitsgruppe Feminin, womit man viele Angebote für Frauen habe. Sie wünscht sich, dass die betroffenen Frauen von dem Angebot erfahren und dieses dann auch annehmen, denn dies sein ein Weg mit den Kindern ein gutes Leben führen zu können und gute Arbeit sei auch der Weg in ein Leben für gute Zeiten im Alter. Viele Frauen haben einen Minijob und dies gebe im Alter große Probleme bezüglich der Rente, daher begrüße sie die Förderung. Des Weiteren hebt sie als Aufsichtsrat der INVG vor, dass es gelungen sei, Männer und Frauen als Berufskraftfahrer auszubilden und das Programm sehr gut gelinge und somit dem Arbeitskräftemangel entgegengewirkt werden könne.

Stadträtin Segerer merkt an, dass es ein tolles Ergebnis sei, da relativ viele Menschen mit Schwerbehinderung eingegliedert werden konnten und auch geschaut werde, dass möglichst für die individuellen Bedarfe Angebote geschaffen werden.

Stadtrat Werner weist darauf hin, dass Ingolstadt mit 3,5 Prozent die Großstadt mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in ganz Deutschland sei. Dies liege seiner Meinung nach nicht nur an der Arbeit des Jobcenters, denn man habe in Ingolstadt sehr günstige Voraussetzungen. Es werde immer über die Monostruktur gejammert, doch liege der Grund für die niedrige Arbeitslosigkeit in der Struktur von Ingolstadt. Ebenso würden mehr mittelständische Unternehmen der Stadt Ingolstadt guttun, doch es habe sich in den letzten Jahren bereits viel getan. Bezüglich dem Jobcenter merkt er an, dass dies weit davon entfernt sei, nur die Arbeitslosigkeit zu verwalten, denn es gebe viele Programme mit Qualifizierungsmaßnahmen und es sei nicht nur die Ausbezahlung von Bürgergeld, sondern es werde den Menschen geholfen, die Chance zu bekommen, so schnell wie möglich Arbeit zu bekommen.

Frau Müller teilt mit, dass es für nächstes Jahr eine gesetzliche Änderung gebe, sodass die Stadt Ingolstadt es ab 01.01.2025 nicht mehr in der Hand habe, welche beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen für Bürgergeldbeziehende angeboten werden. Die Aufgabe der Förderung der beruflichen Weiterbildung und auch die Reha-Leistungen werden vom Jobcenter weggehen und von der Agentur für Arbeit übernommen. Es können zwar durch das Jobcenter Qualifizierungen für Bürgergeldbeziehende vorgeschlagen werden, doch ob diese bewilligt werden, entscheide dann die Agentur für Arbeit, die diese Maßnahmen ab 2025 auch finanziert. Dennoch hofft Frau Müller weiterhin viele Weiterbildungen für Kunden auf den Weg bringen zu können.

Stadtrat Werner bittet darum nächstes Jahr in den Sozialausschüssen informiert zu werden, wie der aktuelle Stand ist.

Stadtrat Ettinger spricht ein Lob an Frau Müller aus, denn es habe zwei Fälle mit einer Förderung im Tierheim gegeben, bei denen die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen sehr gut geklappt habe.

Der Bericht wird bekanntgegeben.